

## «Chance für Expo bei 50 Prozent»



Der letzte Ostschweizer Effort für eine Landesausstellung: Der Pavillon «Aua Extrema» in Neuenburg an der Expo.02. (Bild: Ursula Häne)

**Die Ostschweizer Regierungsräte sind nach wie vor optimistisch, dass die Expo 2027 zustande kommen wird. Allerdings werde der Bund die Hauptverantwortung tragen müssen. Hauptsorge: Die erheblichen Kosten.**

MARC HALTNER

Der Thurgauer Bau- und Umweltdirektor gibt sich realistisch. «Ich gehe von einer Chance von 50 zu 50 aus, dass wir die nächste Landesausstellung durchführen können», sagt Regierungsrat Jakob Stark. Er wünscht sich allerdings, dass die Ostschweizer Kantone die nächste Expo in dreizehn Jahren aufbauen und organisieren können. «Das Projekt bietet erhebliche Chancen, sowohl für unsere Schweiz wie auch für unseren Landesteil.» So bedeute die Expo für die Schweiz, dass sich die Menschen im Bundesstaat begegnen könnten, die Zeit für einen konstruktiven Dialog mit der Nation nutzen und ihre Grundhaltung zur Schweiz erneuern könnten, sagt der Expo-Präsident. «Daneben bietet die Expo aber auch die Chance für die Ostschweiz, sich den anderen Kantonen auf originelle Art und Weise präsentieren zu können.» Die Region Bodensee könne ihre Vielfalt und Vorzüge gemeinsam mit den Gebieten in Süddeutschland, in Vorarlberg und eventuell sogar in Liechtenstein zeigen und – im Gegensatz zur Expo.02 – auf bleibende Weise und nachhaltig Werke schaffen, die eine grosse Anziehungskraft ausüben könnten.

**Zuerst Ideenwettbewerb**

Allerdings ist für Stark klar, dass das Projekt erst in einem frühen Stadium steckt. Zuerst würden die drei federführenden Ostschweizer Kantone jetzt einen Konzeptwettbewerb starten, um bis Sommer 2015 erste konkrete Pläne und Skizzen zur Expo zu erhalten. «Wir sind uns bewusst, dass wir noch keine konkreten Inhalte vorweisen können.» Dazu kommen laut Stark erhebliche Risiken, die das Projekt beinhalte. Der Führung liege beim Bund, und wenn sich der Bundesrat und/oder das eidgenössische Parlament querstellen würden, werde die Ostschweiz ihre Expo-Pläne begraben müssen. Denn für Stark steht fest, dass die Landesausstellung immense Kosten verursachen wird. Er rechnet mit 1,5 bis 2 Milliarden Franken, von denen der Bund 50 bis 60 Prozent tragen müssen. Die restlichen Kosten müssten sich die Ostschweiz, weitere Kantone und die Wirtschaft teilen.

### **Andere Kantone ziehen mit**

Der Kanton Thurgau wird bei seinen Expo-Plänen eng von Appenzell Ausserrhoden und St. Gallen begleitet. Benedikt Würth, St. Galler Volkswirtschaftsdirektor, räumt ein, dass es sich um ein ehrgeiziges Projekt handelt. Aber auch er nimmt an, dass die Ostschweiz den Zuschlag erhalten wird. Zuerst gelte es, im Konzeptwettbewerb erste Ideen zu sammeln und einzubringen sowie die Risiken einzuordnen. Alles Weitere würden die Ostschweizer Regierungen nach dem Wettbewerb entscheiden. Und auch Marianne Koller-Bohl, Volkswirtschaftsdirektorin und Frau Landammann des Kantons Appenzell Ausserrhoden, ist überzeugt, dass eine nächste Landesausstellung in der Ostschweiz eine grosse Chance für die Region wäre, sich der Schweiz als Gastgeberin zu präsentieren. «Landesausstellungen haben Tradition, sie zeigen das verbindende Element unseres Landes.» Und da biete der Bodenseeraum bis zum Säntis eine einmalige Bühne, seine landschaftliche Schönheit, Wirtschaftskraft und kulturellen Werte zu zeigen.

### **Innerrhoden hält sich zurück**

Zwei Ostschweizer Kantone machen bislang allerdings nicht mit. Für den Schaffhauser Erziehungsdirektor und aktuellen Regierungspräsidenten ist der Grund naheliegend. Schaffhausen sei schlicht zu weit vom Kern der Ausstellung entfernt, sagt Christian Amsler. Falls aber das Projekt konkreter werde und sich Chancen eröffnen würden, werde Schaffhausen über die Bücher gehen. In einer nächsten Phase, also nach dem Ideenwettbewerb, werde die Schaffhauser Regierung das Projekt nochmals beurteilen und das Ausmass des Engagements einer Überprüfung unterziehen. Zurückhaltend gibt sich Daniel Fässler, Nationalrat und Regierender Landammann des Kantons Appenzell Innerrhoden. Er und seine Regierungskollegen haben schon bei Projektbeginn vor drei Jahren kritische Fragen gestellt. Nach anfänglicher Begeisterung sei die Zustimmung zum Projekt einer gewissen Ernüchterung gewichen. «Wir fragen uns, ob solche Grossveranstaltungen noch Sinn machen.» Hohe Kosten und wenig Bleibendes seien die Folge der letzten Landesausstellungen gewesen. Ausserdem befürchtet Fässler, dass ein Projektkredit der Innerrhoder Regierung an der Landsgemeinde einen schweren Stand hätte. Allerdings sichert auch Fässler zu, dass das im Zentrum der Ostschweiz liegende Appenzell Innerrhoden nach dem Ideenwettbewerb in einer nächsten Phase das Projekt nochmals grundsätzlich anschauen wird.

### **Projekt jederzeit stoppen**

Für Stark steht vor diesem Hintergrund deshalb ein Grundsatz fest – und er ist ihm wichtig: «Wir können die Expo nach jeder Phase stoppen, falls uns die Risiken als zu gross

erscheinen.» Sollten sich Widerstände und Hürden als zu gross erweisen, werde man die Übung abbrechen müssen. Doch Stark ist nach wie vor zuversichtlich, eine nachhaltige Expo im Bodenseeraum zeigen zu können. Man habe aus den Fehlern der letzten Expo gelernt, insbesondere was Kosten und was die Nachhaltigkeit angehe. Und für den Bodenseeraum biete die Expo 2027 die einmalige Chance, sich von seiner besten Seite zu zeigen. Zudem hat Stark inzwischen ein zustimmendes Signal von der Ostschweizer Regierungskonferenz erhalten. Dann aber sei klar: «Der Ball liegt beim Bund.»